

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Schwerlasthafen für die Offshore-Windenergiewirtschaft**

Bremerhaven hat sich in kurzer Zeit zu einem der führenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte für Offshore-Windenergie entwickelt. Dies ist nicht nur ein wirtschafts-, sondern ebenso ein klimapolitischer Erfolg. Um das allgemein als sehr gut eingeschätzte Entwicklungspotenzial der Branche für Bremerhaven zu sichern, muss der Standort nachhaltig ertüchtigt werden. Schwerlastkajen zur produktions- und montagenahen Verschiffung von Offshore-Anlagen sind für Bestandssicherung und Neuansiedlung – auch vor dem Hintergrund vergleichbarer Planungen in Niedersachsen und Schleswig-Holsten – unverzichtbar.

Uns ist bewusst, dass Eingriffe das sensible Ökosystem der Weser erneut beeinträchtigen können. Daher müssen die Vor- und Nachteile klar abgewogen und einem entsprechenden Ausgleich zugeführt werden. Die Weiterentwicklung eines klimaschonenden Wirtschaftszweiges macht auch in einer strukturschwachen Stadt nur Sinn, wenn ökologische Ressourcen hierfür sehr zurückhaltend genutzt werden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien wird von uns als klares Plus für den Windenergiestandort Land Bremen gesehen. Nur die Verbindung von zukunftsfähigen neuen Energien mit der Schaffung von Arbeitsplätzen rechtfertigt eventuell Eingriffe in das Ökosystem der Weser. Die Finanzierung des Schwerlasthafens ist allerdings nur möglich, wenn hierfür – offenbar interessierte – private Investoren gewonnen werden können.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, Bremerhaven als ein Zentrum der Windenergie-Offshorewirtschaft gezielt weiterzuentwickeln.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) befürwortet die Errichtung eines Schwerlasthafens als zukunftssichernde Ergänzung der vorhandenen guten branchenspezifischen Infrastruktur, um die Position Bremerhavens auch im Standortwettbewerb nachhaltig zu festigen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die begonnene Prüfung der Standorte zügig abzuschließen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zeitgleich mit der Standortprüfung ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten, das folgenden Grundsätzen folgt:
  - a) Die Realisierung des Schwerlasthafens und notwendiger Nebenanlagen, wie Lagerflächen und Montageplätze, wird von privaten Investoren finanziert. Planungs- und andere für dieses Projekt unerlässliche Vorlauf- oder Nebenkosten gelten als Bestandteil der Investition.
  - b) Soweit Kosten schon vor der Verpflichtung privater Investoren unabweisbar entstehen, werden diese entsprechend zwischenfinanziert und später von privaten Investoren übernommen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sie regelmäßig über den Fortgang der das Projekt betreffenden Prüfungen, Planungen und Entwicklungen zu unterrichten.

Martin Günthner, Max Liess,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Frank Willmann,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen